

Extremismusprävention in Deutschland

Zum Ansatz einer phänomenübergreifend ausgerichteten Prävention

Florian Gruber, Saskia Lützing & Uwe E. Kemmesies

Die hier vorzustellende Studie der Forschungs- und Beratungsstelle Terrorismus/Extremismus (FTE) des BKA beschäftigt sich mit den Entwicklungsmöglichkeiten einer phänomenübergreifend ausgerichteten Prävention von Extremismus in Gestalt politisch motivierter Gewaltkriminalität: In der Gesamtschau der Präventionslandschaft Deutschlands zeigt sich eine insgesamt breit aufgestellte, in Teilen bereits phänomenübergreifend ausgerichtete und arbeitende Präventionspraxis. Es werden jedoch auch zahlreiche Handlungserfordernisse und Optimierungspotenziale deutlich, wenn es darum geht, der Entwicklungsdynamik des Radikalisierungsgeschehens in Richtung politisch motivierter Gewalt entsprechen und potenzielle kontraproduktive Effekte von Präventionsangeboten vermeiden zu wollen.

Um Extremismus präventiv begegnen zu können, bedarf es näherer Kenntnisse zu den Umständen, die Personen in Richtung eines politisch und/oder religiös begründeten Extremismus treiben. Überblicken wir die Forschungslandschaft, so werden im Wesentlichen zwei Faktoren(bündel) als bedeutsam identifiziert. Zum einen erscheint die jeweilige Ideologie als maßgeblich, zum anderen die psychosozialen Lebensumstände der jeweiligen Person. So belegen zahlreiche nationale sowie internationale Studien, dass Ideologie zwar ein notwendiges Beiwerk extremistischer Karrieren ist, in der Regel jedoch nicht den originären, zunächst ausschlaggebenden Motivationsgrund für den Einstieg in eine radikale Szene darstellt (etwa Abdel-Samad 2005, Bannenberg & Rössner 2007, Deutsches Jugendinstitut 2013, Krüger 2008, Lützing 2010, Marneros 2003, NYPD 2007). Psychosoziale Belastungsmomente innerhalb der Entwicklung (etwa kritische Lebensereignisse bzw. biografische Wendepunkte/Lebnisse) spielen in der Regel hierbei eine weitaus zentralere Rolle (wie auch die Einzelfallstudien von Aslan und Akillic 2017 eindrucksvoll zeigen) – dies gilt weitgehend gleichermaßen für die unterschiedlichen Phänomenbereiche religiös oder politisch begründeter Extremismen.

Nehmen wir diesen Kernbefund ernst, so drängt sich die Konsequenz

von phänomenübergreifend angelegten Präventionsangeboten auf, die vornehmlich die psychosozialen und weniger die ideologischen Aspekte adressieren. Dies war in Deutschland offenbar lange undenkbar bzw. nicht handlungsleitend. In den letzten Jahren scheinen phänomenübergreifend Ansätze vielerorts offensichtlich gelebte Präventionspraxis, wobei zwischen den unterschiedlichen Handlungsfeldern einer universell, indiziert sowie selektiv ausgerichteten Präventionspraxis zu differenzieren ist.

Phänomenübergreifende Prävention

Das Projekt *Entwicklungsmöglichkeiten einer phänomenübergreifend ausgerichteten Prävention politisch motivierter Gewaltkriminalität (PÜG)* umfasst fünf Forschungsmodul. Forschungsprozessbegleitend wurden zwei Expertenworkshops (Modul I & V), die das Projekt rahmen, umgesetzt. Ziel dieser Workshops war es, kontinuierlich auch die Erfahrungen und Belange von Experten aus Präventionspraxis, Polizei und Forschung mit einbeziehen zu können. Eine umfassende Literaturanalyse (Modul II) sowie eine Erhebung der Präventionslandschaft in Deutschland (Modul III) mit anschließender Befragung von Experten aus der Präventionsarbeit (Mo-

dul IV) bilden die Kernmodule des Projekts.

Im Rahmen der *Literaturanalyse* wurden 30 Studien zu Rechts-/Linksextremismus bzw. islamistischem Extremismus hinsichtlich bekannter Schutz- und Risikofaktoren für eine Radikalisierung untersucht. Bei der *Erhebung der Präventionslandschaft* wurde erfasst, welche Projekte zur Prävention von Extremismus existieren und welche der laut Stand der Radikalisierungsforschung relevanten Risiko-/Schutzfaktoren durch die Projekte auch tatsächlich adressiert werden. Die Erhebung der insgesamt 721 größtenteils staatlich finanzierten Projekte fand in 2014/2015 statt. Die tatsächliche Laufzeit der Maßnahmen reichte jedoch oftmals über das Jahr 2015 hinaus. Bei der sich anschließenden *Expertenbefragung* wurden die sich bis dahin abzeichnenden Ergebnisse noch einmal gezielt mit Mitarbeitern aus der Präventionsarbeit reflektiert und Handlungs- bzw. Optimierungspotenziale identifiziert. Bei der Auswahl der Experten wurde gezielt darauf geachtet, dass es sich um Personen handelt, die in ihrer täglichen Arbeit im Direktkontakt mit radikalisierten Personen arbeiten und gute Einblicke in die entsprechenden Szenen sowie die Alltagswelten junger Menschen haben.

Die Präventionslandschaft

Das Feld der Extremismusprävention in Deutschland weist eine breite Palette an staatlichen und zivilgesellschaftlichen Angeboten auf, die sich hinsichtlich ihrer Zielgruppen und Arbeitsfelder wechselseitig ergänzen. Dennoch zeichnen sich regionale Besonderheiten ab, die nicht zuletzt auf unterschiedliche lokale Gegebenheiten zurückzuführen sind – so finden sich beispielsweise in weniger besiedelten, ländlichen Räumen häufiger mobile Angebote, als dies in städtischen Ballungsräumen der Fall ist.

Auch zeichnet sich ein Zusammenhang zwischen Angebotsdichte und dem Aufkommen extremistischer Szenestrukturen ab – Angebote entwickeln sich vor allem dort, wo es offensichtlich zu Problemen kommt: So fällt bei einem Ost-West-Vergleich auf, dass die Projektanzahl unter Berücksichtigung der Einwohnerzahl tendenziell der jeweiligen Straftatenbelastung (2014) entspricht. Auch zeigt sich bzgl. islamismuspräventiver Projekte ein deutlicher Schwerpunkt im Westen (75 %). Dies entspricht tendenziell auch dem Aufkommen islamistisch motivierter Kriminalität in Deutschland und der Verteilung bekannter islamistischer Hochburgen, sogenannter Hotspots islamistischer Radikalisierung, die in westdeutschen Städten und auch in Berlin zu finden sind. Auch die Ausreisezahlen der bis Juni 2015 in das syrisch-irakische Kampfgebiet ausgereisten Personen mit islamistischer Motivation belegen dies – in über 80 % der Fälle handelt es sich um Personen aus westdeutschen Städten.¹

Dort, wo es (noch) keine eigenen Anlaufstellen vor Ort gibt, werden Lücken durch länderübergreifende, bundesweite oder Onlineangebote weitestgehend kompensiert. Aber auch das Internet selbst wird zunehmend als Handlungsort präventiver Praxis begriffen. Mit Onlinesozialarbeit (beispielsweise: Ufuq.de „Was postest Du? Politische Bildung mit jungen Muslim_innen online“²) wird hier versucht, junge Menschen gezielt dort anzusprechen und abzuholen.

Als Besonderheit der Prävention hierzulande kann neben der Zusammenarbeit von Zivilgesellschaft und staatlichen Akteuren sicherlich auch die hohe Zielgruppenorientierung bei zugleich ausgesprochener Einzelfallorientierung gesehen werden. Deutlich wird jedoch auch, dass es sich bei einem sehr großen Anteil (41 %) der Präventionsangebote um Experten- und Multiplikatorenschulungen handelt. Unklar, weil nicht näher evaluiert, bleibt, wie die im Rahmen solcher Schulungen gewonnene Expertise letztlich im eigenen Arbeitsfeld durch die Multiplikatoren/-innen umgesetzt wird. Im Handlungsfeld „Schul-/Bildungssystem“ zeigten sich große Defizite, die nicht zuletzt auf defizitä-

re Strukturen zurückzuführen sind, wie etwa einem Mangel an Schulsozialarbeit sowie schulpsychologischer Versorgung.

Rechtsextremismusprävention

Rechtsextremismusprävention macht den überwiegenden Anteil (75 %) der Extremismusprävention hierzulande aus. Mit einem breiten Portfolio an bedarfsorientierten Angeboten, welche die gesamte Spannweite von universeller bis hin zu indizierter Prävention umfassen, wirkt diese gut aufgestellt und bietet Handlungsmodelle für die unterschiedlichsten Problem-/Lebenslagen, in denen sich die jeweilige Zielgruppe befindet. In der Gesamtschau präsentiert sich die Rechtsextremismusprävention als ein solide gewachsenes und über die Jahre professionalisiertes Praxisfeld,

welches sich offenbar auch zunehmend als Ideengeber bzw. Modell für Präventionsangebote zu anderen Extremismusphänomenen – insbesondere demjenigen eines islamistisch motivierten Extremismus – eignet. Auffallend ist der hohe Anteil an primär netzwerkorientierten Projekten (33 %), welche es sich zur Aufgabe gemacht haben, unterschiedliche Einrichtungen aus Kinder- und Jugendhilfe, Beratungsstellen, Vereine, öffentliche Träger, Behörden etc. lokal zu vernetzen und sich – je nach Kernkompetenz der Partner – dazu zu verpflichten, sich in die Extremismusprävention mit einzubringen. Insbesondere in Ostdeutschland kommt Vernetzungsprojekten eine zentrale Rolle zu. Auch fällt auf, dass staatliche Projekte dort verbreiteter sind, als dies in Westdeutschland der Fall ist, wo die Projektlandschaft insbesondere durch zivilgesellschaftliches Engagement geprägt ist.

¹ Berechnungen erfolgten auf Grundlage der Daten zur Studie „Analyse der Radikalisierungshintergründe und -verläufe der Personen, die aus islamistischer Motivation aus Deutschland in Richtung Syrien und Irak ausgereist sind“ (Bundeskriminalamt et al. 2015).

² http://www.ufuq.de/was-postest-du-politische-bildung-mit-jungen-muslim_innen-online/ (11.8.2017)

Islamismusprävention

Islamismusprävention offenbart sich als junges, innovatives Praxisfeld, das noch stark auf eine zunehmende Vernetzung ausgerichtet ist. Im Gegensatz zur Rechtsextremismusprävention sind hier jedoch kaum institutionalisierte Vernetzungsbestrebungen („Vernetzungsprojekte“) vorhanden. Vielmehr findet Austausch informell und unvermittelt statt. Mit insgesamt 14 % Anteil an den insgesamt erhobenen Projekten stellt sich der Anteil islamismuspräventiver Maßnahmen zum Untersuchungszeitpunkt als unerwartet hoch dar und dürfte in der Zwischenzeit gar noch weiter gestiegen sein. Schwerpunktartig wird Islamismusprävention in Westdeutschland umgesetzt, wo auch die wesentlichen regionalen Schwerpunkte islamistischer Radikalisierung in Deutschland liegen. In Ostdeutschland konzentriert sich der Großteil der Projekte auf Berlin, was auch den dortigen Hotspot ausmacht. Die „West-Orientierung“ in diesem Präventionsbereich entspricht einerseits dem bereits angeführten Umstand von offensichtlich stärkeren, vitaleren salafistischen Szenestrukturen in Westdeutschland und wird andererseits dadurch relativiert, dass viele der Träger auch länderübergreifend, bundesweit bzw. online arbeiten. Islamismusprävention weist insgesamt den stärksten konkret kriminalpräventiven Charakter auf – die Schwerpunkte liegen hier vor allem im Bereich selektiver und indizierter Prävention. Auch zeichnet sie sich durch eine vergleichsweise hohe Ideologieorientierung aus, die sich vor allem aus einer Vielzahl an Projekten zur Aufklärungs- und Sensibilisierungsarbeit ergibt. Insbesondere staatliche Projekte erscheinen hinsichtlich ihrer Ziele und Ansätze in diesem Feld eher „konservativ“, weniger adressatenorientiert, wohingegen zivilgesellschaftliche Initiativen in ihrer Ausgestaltung sehr viel kreativer sind, wobei sich diese Feststellung nicht auf systematisch erschlossene Evaluationsbefunde stützen kann. Nur am Rande sei auf den misslichen Umstand verwiesen, dass ein Großteil der Präventionsangebote nicht systematisch evaluiert ist bzw. – falls doch – die Evaluationsberichte in der Regel nicht frei verfügbar sind. Dies behindert das Bemühen um eine Fortentwicklung der Präventionspraxis.

Linksextremismusprävention

Mit nur 4 % Anteil am Gesamtaufkommen fällt das Angebot im Bereich der *Linksextremismusprävention* eher gering aus. Dies verwundert insbesondere aufgrund des vergleichsweise hohen Anteils am Gesamtaufkommen politisch motivierter Gewaltkriminalität, der in 2014 bei 49 % lag. Eine tiefer gehende Betrachtung der erhobenen Projekte lässt darüber hinaus deutlich werden, dass es mit Ausnahme zweier bundesweit tätiger Ausstiegshilfen kaum Projekte gibt, die im Direktkontakt mit radikalisierten Personen arbeiten. Vielmehr wird Linksextremismusprävention primär von Vortragstätigkeiten und Broschüren getragen. Insgesamt wirkt das Angebot wenig konturiert und nicht sonderlich vielfältig. Auch stellt sich die Frage, inwiefern die Angebote die Zielgruppe Radikalisierte überhaupt erreichen.

Allgemeine Präventionsansätze

Neben Projekten, die sich konkret auf einen oder mehrere spezifisch ausgewiesene Extremismen beziehen, existieren Projekte, die sich ganz **allgemein** dem Thema **Extremismusprävention** widmen, ohne einzelne Extremismusformen explizit zu fokussieren. Insgesamt ist etwa jedes zehnte Präventionsangebot (11 %) in diesem Feld phänomenunspecifisch angelegt. Es gilt, die Empfänglichkeit gegenüber jedweden Extremismus – unabhängig von den jeweiligen ideologischen Grundlagen – zu reduzieren. Entsprechend dieser primären Zielstellung sind phänomenunspecifische Angebote vornehmlich im Bereich der universellen Prävention anzutreffen und werden in erster Linie von zivilgesellschaftlichen Trägern angeboten.

Radikalisierung heute – Entwicklungen und Trends

Wenngleich unstrittig ist, dass sich der Modus Operandi extremistischen und terroristischen Vorgehens geändert hat, bleiben es im Kern jedoch die gleichen Beweggründe, die – zunehmend auch Frauen und junge Mädchen – dazu bewegen, sich extremistischen Strömungen anzuschließen. Dies belegt auch die Forschungslage zu Risiko- und Schutzfaktoren (überblickartig: Eilers, Gruber & Kemmesies 2015). Gleichwohl gibt es einige phänomenspezifische Erscheinungen, die mit neuen Herausforderungen für die Präventionspraxis einhergehen – insbesondere in den Feldern der indizierten und selektiven Prävention.

Als neue Herausforderung kann nach Expertenmeinung jüngst eine Zunahme psychischer und psychiatrischer Auffälligkeiten für alle Szenen konstatiert werden. Auch weisen die Täter der islamistischen Anschläge von Ansbach (2016) und Hamburg (2017) psychische Auffälligkeiten auf. Initiativen wie das *Diagnostisch-Therapeutische Netzwerk Extremismus (DNE)* stellen erste Versuche dar, diesem Problem entgegenzuwirken. In der Praxis stellt die Zusammenarbeit mit Psychotherapeuten und Psychiatern – vor allem im Zusammenhang mit islamistischen Extremisten – jedoch eine große Herausforderung dar, die nicht zuletzt dem Umstand geschuldet ist, dass die psychotherapeutische Betreuung eines Extremisten z. B. dann prekär wird, wenn aufgrund psychischer Problemlagen der Zugang zu Aussteigerprogrammen – die hierfür nicht ausgelegt sind – erschwert oder gar unmöglich wird.

Mit Blick auf die Gruppe der „IS-Rückkehrer“ stellt sich gegenwärtig die Frage, wie eine (Re-)Integration in ein gemäßigtes soziales Umfeld gelingen kann. Ganz gleich ob es um die (Wieder-)Aufnahme in Schulen, Glaubensgemeinschaften, Sportvereine o. Ä. geht: MitarbeiterInnen aus Beratungsstellen und Ausstiegshilfen erfahren hier immer wieder großen Widerstand, der, wenn überhaupt, nur unter massiven Anstrengungen abgebaut werden kann. Das Risiko der Rückkehr in die extremistische Szene und damit in alte „radikalisierte“ und vor allem strafbewehrte Handlungsmuster ist umso größer, je stärker sich alternative soziale Umfeldler sperren, Aussteigern einen Raum zu

bieten, in dem sie sich resozialisieren können.

Eines besonderen Augenmerks bedarf auch die aktuelle Ausgestaltung der Linksextremismusprävention hierzulande. Es gibt ein offensichtliches Ungleichverhältnis zwischen dem links-motivierten Straftatenaufkommen und entsprechenden Präventionsgebieten.

Nicht zuletzt die jüngsten Ausschreitungen während des G20-Gipfels im Juli 2017 haben – auch im politisch-medialen Raum³ – offenkundig werden lassen, dass Forschungsdefizite und eine vergleichsweise geringere Befassung mit dem Phänomen des „Linksextremismus“ dazu führen bzw. geführt haben, dass das Phänomenverständnis defizitär ist und so zwangsläufig die aktuelle Ausgestaltung präventiver Maßnahmen in diesem Phänomenfeld offenbar am tatsächlichen Bedarf vorbeizugehen scheint. Die massiven Gewaltausbrüche während des Hamburger G20-Gipfels oder anlässlich der EZB-Eröffnung 2015 in Frankfurt sollten dazu veranlassen, Prävention „neu“ zu denken: Insbesondere mit Blick auf gewalttätige Ausschreitungen, die sich aus den Szenen heraus entwickeln, muss hier ganzheitlich, auch internationaler gedacht werden („Krawalltourismus“). „Präventionsangebote“ sollten hier ganz wesentlich als „Gewalt-“ und weniger als „Radikalisierungsprävention“ gedacht und konzipiert werden: Es sollte nicht darum gehen, politischen Protest zu „prävenieren“ sondern Gewalthandeln – ganz unabhängig davon, wie es motiviert ist: Politisch oder auch aus reiner Sensationslust heraus.

Zudem ist auf das Phänomen hinzuweisen, dass zunehmende Wechselwirkungen zwischen linken, rechten und salafistischen Akteursgruppen sowie der Wechsel von Akteuren zwischen extremistischen Szenen neue und komplexe Herausforderungen auch im Bereich der Prävention bedingen.

Optimierungspotenzial

Wenngleich sich die Extremismusprävention als vielfältig und weitgehend tragfähig erweist, birgt sie dennoch Optimierungspotenziale, nicht zuletzt dann, wenn es gilt, dem Anspruch einer ganzheitlichen, von

³ Etwa: <https://www.welt.de/politik/deutschland/article166543109/Die-seltsame-Nachricht-mit-den-Hotspots-der-Linksradikalen.html> (11.8.2017)

staatlicher und zivilgesellschaftlicher Seite getragenen Prävention gerecht zu werden, die die unterschiedlichen Zielgruppen erfolgreich adressiert. Die Umsetzung einer solchen, ganzheitlichen Zusammenarbeit, die als Garant funktionierender Präventionsarbeit angesehen werden kann, bedarf der weiteren Stärkung. Hierfür bedarf es in erster Linie einer eindeutigen Regelung von Zuständigkeiten staatlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure, um bei klarer horizontaler und vertikaler Aufgabenteilung Mehrfachstrukturen zu vermeiden. Auch gilt es, weiterhin an der Einzelfallorientierung und der Berücksichtigung regionaler Besonderheiten festzuhalten und die Verzahnung unterschiedlicher Akteure untereinander zu vereinfachen. Denn nur eine faktische und tatsächliche Zusammenarbeit bildet die Basis einer tragfähigen und auf gegenseitigem Vertrauen aufbauenden, gesamtgesellschaftlich umgesetzten Prävention. Runde Tische, Fallkonferenzen u. Ä. tragen dazu bei, Lücken zu identifizieren, Sicherheitsrelevanz zu erkennen und Doppelarbeit zu vermeiden.

Polizeiliche Kriminalprävention im Bereich von politisch motivierter Kriminalität hat sich in den letzten Jahren deutlich verändert. Die Einbeziehung sozialpädagogischer Ansätze ist heutzutage vielerorts bereits gelebte Alltagspraxis im Kontext professioneller Polizeiarbeit. Dennoch erfahren Polizeivollzugsbeamte diesbezüglich zum Teil geringe Akzeptanz aus den eigenen Reihen und wünschen sich, das zeigt unsere Untersuchung deutlich, mehr Rückhalt und Akzeptanz durch Vorgesetzte und die eigene Behörde. So müsste beispielsweise das kriminalpräventive Agieren in Bereichen anderer Ressortzuständigkeiten (z. B. Vortrag an einer Schule) deutlich vereinfacht und nicht immer wieder aufs Neue kritisch hinterfragt werden. Polizeidienststellen, die bei ihrer Arbeit mit einem hohen Aufkommen politisch motivierter Kriminalität konfrontiert sind, sollten sich im Sinne des „Community Policing“ mit wichtigen lokalen Institutionen und Persönlichkeiten vernetzen, um auf einer tragfähigen Vertrauensbasis einerseits für die Prävention wichtige, polizeiliche Sachverhalte an die Netzwerkpartner herantragen sowie andererseits frühzeitig Kenntnis von polizeilich relevanten Vorgängen erlangen zu können.

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist eine dauerhaft gesicherte Finanzie-

rung, um von der gängigen Praxis der Modellprojektierung hin zu langfristigeren Förderzeiträumen und damit Planungssicherheit zu kommen. Dies ist insbesondere in kritischen Arbeitsfeldern wie demjenigen der Ausstiegshilfe erfolgskritisch: Es ist sicherzustellen, dass laufende Betreuungsverhältnisse nicht Gefahr laufen, aufgrund auslaufender Finanzierung aufgekündigt werden zu müssen und so den Interventionserfolg auf's Spiel zu setzen. Auch ist es offenbar geboten, den zur Sicherung der Finanzierung oftmals hohen bürokratischen Aufwand zugunsten konkreter Präventionsarbeit zu reduzieren.

Auch die stärkere Besetzung des sozial-technischen Raums (etwa: Internet, Soziale Medien), in dem Rekrutierungsversuche geschehen und Radikalisierungsprozesse begleitende Unterstützung erfahren, bedarf der besonderen Aufmerksamkeit. Hierbei ist jedoch nicht alleine auf Onlinesozialarbeit zu setzen, sondern im Sinne eines Resilienzfördernden Ansatzes vor allem auch – und ganz entsprechend eines „phänomenenspezifischen“ Ansatzes – die Vermittlung von Medienkompetenz zu fördern. Dies stärkt Kinder (bestenfalls bereits im Kindergartenalter) und Jugendliche gegen jegliche Formen ideologisch-politisch und/oder religiös begründeter Extremismen. Bei der Umsetzung Resilienzfördernder Projekte sollte jedoch unabdingbar darauf geachtet werden, allgemein lebensweltliche Interessen und Problemlagen junger Menschen aufzugreifen. Es gilt, in realweltlichen Situationen eine gegenüber der Medien-/Internetwelt alternative Sicht auf die Welt zu vermitteln. Hier bietet sich vor allem die Sozialisationsinstanz „Schule“ an, denn hier können aufgrund der allgemein geltenden Schulpflicht in der Regel alle Kinder und Jugendlichen erreicht werden. Für das schulische Fachpersonal muss aber auch die Möglichkeit bestehen, sich dieser Problematik anzunehmen – hierzu braucht es Zeit (Lehrplan) und Geld (Fortbildung).

Die Entwicklung im Bereich der politisch motivierten Kriminalität im Allgemeinen sowie im Bereich des Terrorismus im Besonderen hat sich in den letzten Jahren wie wohl noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland als äußerst dynamisch erwiesen. Um (Kriminal-)Prävention stets auf Augenhöhe mit aktuellen Entwicklungen halten zu können, bedarf es eines steten Monitorings der

zu prävenierenden Phänomene: Das Verständnis der Entwicklungsdynamik und Wechselwirkungen der differierenden Extremismen ist die Grundvoraussetzung, ihnen erfolgreich präventiv begegnen zu können.

Alle Modulberichte des PÜG-Projekts sowie weiterer Projekte der Forschungs- und Beratungsstelle Terrorismus/Extremismus können über die Homepage des BKA kostenlos herunter geladen werden.

Dipl.-Päd. Saskia Lützing ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin der Forschungs- und Beratungsstelle Terrorismus/Extremismus (FTE) im Bundeskriminalamt.

Dipl.-Verw. Florian Gruber ist Kriminaloberkommissar und Mitarbeiter der Forschungs- und Beratungsstelle Terrorismus/Extremismus (FTE) im Bundeskriminalamt.

Dr. phil. Uwe E. Kemmesies ist Referatsleiter der Forschungs- und Beratungsstelle Terrorismus/Extremismus (FTE) im Bundeskriminalamt.

Literatur

- Abdel-Samad, H. (2005): Radikalisierung in der Fremde. In: Waldmann, P. (Hg.), Determinanten des Terrorismus. Velbrück Wissenschaft, Weilerswist: 189–240.
- Aslan, E., Akilic, E. (2017): Islamistische Radikalisierung. Biografische Verläufe im Kontext der religiösen Sozialisation und des radikalen Milieus. Universität Wien, Wien.
- Bannenber, B., Rössner, D. (2007): Hallenser Gewaltstudie. Die Innenwelt der Gewalttäter. Lebensgeschichten ostdeutscher jugendlicher Gewalttäter. In: Dessecker, A. (Hg.), Jugendarbeitslosigkeit und Kriminalität. Kriminalität und Prävention, Bd. 50, Kriminologische Zentralstelle, Wiesbaden: 133–165.
- Bundeskriminalamt, Bundesamt für Verfassungsschutz, Hessisches Informations- und Kompetenzzentrum gegen Extremismus (2015): Analyse der Radikalisierungshintergründe und -verläufe der Personen, die aus islamistischer Motivation aus Deutschland in Richtung Syrien oder Irak ausgereist sind. Quelle: <https://www.bka.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/Publikationsreihen/Forschungsergebnisse/2015AnalyseRadikalisierungsgruendeSyrienIrakAusreisende.html> (11.8.2017)
- Deutsches Jugendinstitut e.V. (2013): Ergebnisbericht der Wissenschaftlichen Begleitung des Bundesprogramms „INITIATIVE DEMOKRATIE STÄRKEN“. Berichtszeitraum 1.1.2012–31.12.2012, Halle/Saale.
- Eilers, F., Gruber, F., Kemmesies, U. (2015): Entwicklungsmöglichkeiten einer phänomenübergreifend ausgerichteten Prävention politisch motivierter Gewaltkriminalität (PÜG). Modul II – Literaturanalyse. Bundeskriminalamt (Hg.).
- Gruber, F., Lützing, S., Kemmesies, U. (2017): Extremismusprävention in Deutschland – Erhebung und Darstellung der Präventionslandschaft. Modulabschlussbericht. Bundeskriminalamt (Hg.).
- Krüger, C. (2008): Zusammenhänge und Wechselwirkungen zwischen allgemeiner Gewaltbereitschaft und rechtsextremen Einstellungen. Forum Verlag Godesberg, Mönchengladbach.
- Lützing, S. (2010): Die Sicht der Anderen. Eine qualitative Studie zu Biographien von Extremisten und Terroristen. Reihe Polizei-Forschung, Bd. 40. Wolters Kluwer Deutschland GmbH, Köln.
- Marneros, A., Steil, B., Galvao, A. (2003): Der soziologische Hintergrund rechtsextremistischer Gewalttäter. Monatsschrift für Kriminologie und Strafrecht 5, 364–372.
- NYPD: New York Police Department (2007): Radicalization in the West. The Homegrown Threat. Quelle: http://www.nypdshield.org/public/SiteFiles/documents/NYPD_Report-Radicalization_in_the_West.pdf (22.12.2014).
- Olsen, Jon A. (2009): Roads to Militant Radicalisation – Interviews With Five Former Perpetrators of Politically Motivated Organized Violence. Danish Institute for International Studies (DIIS), Copenhagen.